



Bürgergutachten

Abschlussbericht zum Bürgerforum
„Krisenfeste Gesellschaft“ im Auftrag der
Enquetekommission des Landtags von
Baden-Württemberg

2022/23



Pandemie, Inflation und Klimawandel stellen nur einige Herausforderungen der heutigen Zeit dar, die es zu bewältigen gilt. Um die Gemeinschaft in Baden-Württemberg für die Zukunft noch resilienter aufzustellen, hat der Landtag nicht nur eine Enquetekommission, sondern auch ein paralleles Bürgerforum „Krisenfeste Gesellschaft“ ins Leben gerufen. Das Bürgerforum bestand aus 48 zufällig ausgewählten Baden-Württembergern und Baden-Württembergern, die gemeinsam Empfehlungen für die Landespolitik erarbeiteten. In 7 Sitzungen diskutierte das Gremium gemeinsam über mögliche Maßnahmen für eine krisenfeste Gesellschaft in den vier Handlungsfeldern Wirtschaft, Gesundheit, Krisenvorsorge und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Außerdem sind vier handlungsfeldübergreifende Leitsätze entstanden, die allen Empfehlungen zu Grunde liegen. Am 28.01.2023 wurde final über die Leitsätze und Empfehlungen abgestimmt, die an die Politik weitergegeben werden.

In dieser Broschüre sind die final abgestimmten Leitsätze und Empfehlungen des Bürgerforums Krisenfeste Gesellschaft an die Enquetekommission festgehalten.



Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten mit dem Abschlussbericht des Bürgerforums „Krisenfeste Gesellschaft“ das zukunftsweisende Ergebnis eines intensiven Beteiligungsverfahrens in Händen. Das Bürgerforum wurde ebenso wie die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ durch den Landtag von Baden-Württemberg ins Leben gerufen.

Erklärtes Ziel ist es, die Krisenfestigkeit des baden-württembergischen Gemeinwesens aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln zu untersuchen und somit die Antworten auf die Fragen zu finden, welche Lehren und Erfahrungen wir aus vergangenen Krisen ziehen und wie wir unsere Gesellschaft resilienter machen können. Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ist bewusst aus dem täglichen politischen Geschäft herausgenommen und soll sich grundsätzlich und umfassend mit den oben genannten Fragestellungen beschäftigen. Um diesem Anspruch Rechnung zu tragen, hat sich der Landtag entschieden, zusätzlich ein Bürgerforum einzurichten. Die Miteinbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern spielt eine zentrale Rolle, denn gute, zukunftssichere Politik ist auf breite Beteiligung, unterschiedliche Blickwinkel und vielfältige Lebenserfahrungen angewiesen.

Stellvertretend für die Bevölkerung Baden-Württembergs brachten 48 Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs ihre Erfahrungen und Expertise ein. Sie diskutierten über die Zukunft unseres Gesundheitssystems, über Arbeitsbedingungen und Ausbildungsplätze, Generationenkonflikte, Krisenkommunikation, ehrenamtliches Engagement, die Rolle der sozialen Medien in der Meinungsbildung und viele weitere Bereiche.

Insgesamt hat das Bürgerforum 35 Empfehlungen und vier Leitsätze entwickelt, die es an die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ richtet. Der Abschlussbericht des Bürgerforums soll der weiteren Arbeit der Enquetekommission zugrunde gelegt werden und den Mitgliedern des Gremiums wertvolle Hinweise darauf liefern, welche Themen die Bevölkerung unseres Bundeslandes bewegen, welche Herausforderungen bestehen und was aus Sicht der Bürger*innen erforderlich ist, um die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit und damit die Resilienz unseres Gemeinwesens zu stärken.

Schließlich mündet dieser partizipative Prozess der Bürgerinnen und Bürger, der Sachverständigen und der Politikerinnen und Politiker in konkrete, insbesondere an die Landesregierung gerichtete Empfehlungen zur Frage, wie wir unser Bundesland zukunftsfest gestalten und noch besser für künftige Krisen wappnen.

Wir dürfen uns im Namen der gesamten Enquetekommission und des Landtags bei allen Mitgliedern des Bürgerforums aufs herzlichste bedanken. Sie als Bürgerinnen und Bürger haben nicht nur geholfen, unser Land auf die Zukunft vorzubereiten, sondern auch einen Beitrag zur gelebten demokratischen Kultur unseres Bundeslandes geleistet.

Für die durchführende Begleitung des Bürgerforums danken wir dem nexus-Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung.

Nicht das erste – und sicher nicht das letzte – Mal erweist sich ein Bürgerforum des Landtags somit als erfolgreiches Beteiligungsformat. Bürgerforen bilden die Vielfalt unseres Landes hervorragend ab. Die vielseitigen Perspektiven und der rege Austausch zeigen die Stärke unseres Bundeslandes. Diese Vielfalt auch zu nutzen und den Blick aus unterschiedlichsten Perspektiven in die Zukunft zu richten, ist zugleich Bedingung und Bereicherung für eine krisenfeste Gesellschaft.



Muhterem Aras, Präsidentin des
Landtags von Baden-Württemberg



Alexander Salomon, Vorsitzender der
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Danksagung

Die Teilnehmenden

Größter Dank gilt den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern, die gut 27 Stunden ihrer Zeit den Sitzungen des Bürgerforums „Krisenfeste Gesellschaft“ widmeten und weitere Zeit mit der Vor- und Nachbereitung der Veranstaltungen verbrachten. Mit großem Engagement, mit Ausdauer und Diskussionsfreude informierten sie sich, setzten sich mit komplexen Fragestellungen auseinander, diskutierten – und füllten das Bürgerforum mit Leben.

Ramón Almendral-Schaufler

Naadiatu-Bagigah Bawah

Annette Brendl

Etienne Brombacher

Diana Causaras

Robert Cellary

Hella Deluse

Rozerin Demirtas

Patrick Deubel

Elke Dreßler

Johanna Fehrenbach

Sophia Frohmuth

Frank Grözinger

Janine Jäger

Barbara Jehle

Dr. Florian Kech

Dr. Almuth Kuchenbäcker-Schott

Daniela Lamparter

Marion Lawall

Wendong Liang

Detlef Meier

Armin Meier

Agnieszka Mlodawska

Werner Möllmanns

Sven Musiol

Silke Neumann

Daniel Niebel

Ursula Rieger-Patzer

Susanne Riffel

Jannik Rippert

Julia Scherrer

Annette Schmidt

Nina Schulz

Richard Serve

Jean Michel Sidaine

Claudia Stange

Volkan Tiras

Sabine Vollmer

Magnus Weber

Peter Weier

8 weitere Teilnehmende, die nicht namentlich genannt werden wollten.

Die Expertinnen und Experten

Wir möchten uns auch bei den 23 Expertinnen und Experten bedanken, die in das Projekt eingebunden waren. Sie haben mit ihrem Wissen die Sitzungen bereichert und eine zielgerichtete Diskussion ermöglicht.

Selin Akin, Jugendgemeinderat Ludwigsburg

Matthias Bauer, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg

Frank Baumeister, kubus e.V. Stuttgart

Bernd Calaminus, EnBW

Melanie Dense, Vector Stiftung

Jaana Espenlaub, Arbeiterkind gGmbH

Dr. Gerhard Kussel, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

Dr. John Litau, Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.

Manne Lucha, Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

Sara T. Merkes, FU Berlin

Brigitte Rösiger, Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV e.V.)

Prof. Dr. Heinz Rothgang, Universität Bremen

Martina Rudolph-Zeller, Deutsche TelefonSeelsorge

Prof. em. Dr. Uwe Schimank, Universität Bremen

Prof. Dr. Andreas Schmid, Universität Bayreuth

PD Dr. Jan-Hinrik Schmidt, Leibniz-Institut für Medienforschung

Dr. Jendrik Scholz, DGB Baden-Württemberg

Melanie Schwarz, Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV)

Vincent Steinl, Robert Bosch Stiftung

Dr. Kai Unzicker, Bertelsmann Stiftung

Prof. Dr. Juergen Weichselgartner, HWR Berlin

Oliver Christopher Will, Strategiemanufaktur Karlsruhe

Theresa Zimmermann, FU Berlin

Abgeordnete

Zunächst bedanken wir uns bei

Frau Muhterem Aras, Präsidentin des Landtags Baden-Württemberg
für ihre Wertschätzenden Worte zum Auftakt des Bürgerforums.

Großer Dank gilt auch den Mitgliedern der Enquetekommission, die zu Besuch im
Bürgerforum waren.

Alexander Salomon, MdL (Kommissionsvorsitzender, GRÜNE)

Dr. Susanne Aschhoff, MdL (GRÜNE)

Dr. Marco Krüger, externes Kommissionsmitglied (GRÜNE)

Dr. Natalie Pfau-Weller, MdL (CDU)

Dr. Dorothee Kliche-Behnke, MdL (SPD)

Florian Wahl, MdL (SPD)

Jochen Haußmann, MdL (FDP/DVP)

Daniel Karrais, MdL (FDP/DVP)

Inhalt

1. Ergebnisse	8
1.1 Leitsätze	9
1.2 Empfehlungen - Handlungsfeld Gesundheit	10
1.3 Empfehlungen - Handlungsfeld Krisenvorsorge	14
1.4 Empfehlungen - Handlungsfeld Wirtschaft	18
1.5 Empfehlungen - Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt	22
2. Das Bürgerforum „Krisenfeste Gesellschaft“	26
2.1 Das Bürgerforum und die Enquetekommission	27
2.2 Meinungsbildung im Bürgerforum und Entwicklung der Empfehlungen	28
2.3 Die Sitzungen im Überblick	31
2.4 Sitzung 1: Auftaktveranstaltung	32
2.5 Sitzungen 2 - 4: Handlungsfeldsitzungen	35
Handlungsfeld Gesundheit	36
Handlungsfeld Krisenvorsorge	38
Handlungsfeld Wirtschaft	40
Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt	42
2.6 Sitzung 5: Austausch über Ergebnisse	44
2.7 Sitzung 6: Formulierung der Empfehlungen	46
2.8 Sitzung 7: Abstimmung und Abschluss	46
3. Die Teilnehmenden des Bürgerforums	48
3.1 Die Auswahl der Teilnehmenden	48
3.2 Statistik der Teilnehmenden	50
Die Teilnehmenden	54
Zitate der Teilnehmenden	58
Impressum	60

1. Ergebnisse

Das Bürgerforum hatte den Auftrag, die Bürgersicht auf 4 Handlungsfelder zu formulieren:



Da sich im Verlauf der insgesamt sieben Sitzungen des Bürgerforums einige übergreifende Ergebnisse herauskristallisierten, haben die Mitglieder des Bürgerforums zusätzlich zu den Empfehlungen, die sich auf die Handlungsfelder beziehen, auch vier Leitsätze entwickelt und abgestimmt, die den Empfehlungen vorangestellt werden.

1.1 Leitsätze

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine Grundvoraussetzung, um Krisen bewältigen zu können. Deswegen ist es wichtig, Engagement zu fördern, Solidarität zu stärken und gesellschaftliche Ungleichheiten abzubauen.

Zustimmung: 41 Ablehnung: 0 Enthaltung: 1

In Krisen müssen Bürgerinnen und Bürger und Politikerinnen und Politiker gemeinsam aktiv Verantwortung übernehmen. Um alle mit einzubinden, müssen Möglichkeiten zum Austausch und für eine konstruktive Streitkultur geschaffen werden.

Zustimmung: 42 Ablehnung: 0 Enthaltung: 0

Die Jugend muss mit ihren Erfahrungen, Ideen und Kompetenzen in die Bewältigung von Krisen aktiv mit einbezogen werden. Mit demokratischer Bildung vom Kindergarten an soll dafür schon früh ein Grundstein gelegt werden.

Zustimmung: 29 Ablehnung: 7 Enthaltung: 6

Bürokratie steht der Krisenbewältigung häufig im Weg, deshalb sollen bürokratische Prozesse nach Möglichkeit vereinfacht werden.

Zustimmung: 35 Ablehnung: 0 Enthaltung: 7

1.2 Empfehlungen

Handlungsfeld Gesundheit

G1 – Gesundheitsberufe attraktiver gestalten

Um die Krisenfestigkeit des Gesundheitswesens zu erhöhen, empfehlen wir, Gesundheitsberufe attraktiver zu gestalten, um mehr Personal zu gewinnen und vorhandenes Personal zu halten. Hierzu sollten unter anderem finanzielle Anreize gesetzt, die Work-Life-Balance verbessert und ausländischen Fachkräften der Arbeitseinstieg erleichtert werden. Das vorhandene Personal darf keinesfalls dauerhaft überlastet werden.

Zustimmung: 40 Ablehnung: 0 Enthaltung: 2

G2 – Ausbildungen im Gesundheitsbereich fördern

Um langfristig mehr Gesundheitspersonal zu gewinnen, empfehlen wir, Ausbildungen im Gesundheitssystem zu verbessern und zu fördern. Neben einer Erhöhung der Zahl der Auszubildenden und Studierenden (Medizinstudium auch ohne Spitzen-Abitur und eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen) sollten vermehrt Weiterbildungen angeboten und Umschulungen erleichtert werden. Um höherqualifizierte Berufsgruppen zu entlasten, sollten außerdem neue Berufsbilder geschaffen und entsprechende niedrigschwellige Ausbildungen angeboten werden.

Zustimmung: 36 Ablehnung: 0 Enthaltung: 6

G3 – Weniger Gewinnorientierung im Gesundheitswesen

Um die Gewinnorientierung im Gesundheitswesen zu verringern, empfehlen wir, dieses stärker zu regulieren. Hierzu könnte ein angemessener Teil der Gewinne aus der Pharmaindustrie, privaten Krankenversicherungen und Pflegeeinrichtungen zurück in das Gesundheitssystem fließen sowie der Anteil privater Einrichtungen gedeckelt werden.

Zustimmung: 31 Ablehnung: 1 Enthaltung: 10

Eine Krankenversicherung für Alle – G4

Wir empfehlen der Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, alle privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen langfristig in einer einzigen Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger zusammenzuführen, um die Kosteneffizienz zu steigern und Synergieeffekte zu erzielen. Zudem würde so die soziale Gerechtigkeit erhöht und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden.

Zustimmung: 30 Ablehnung: 8 Enthaltung: 4

Kostensenkung durch mehr Prävention – G5

Da Präventionskosten häufig geringer sind als Behandlungskosten, empfehlen wir, Prävention zu stärken, z.B. durch eine Ausweitung des Bonus-Systems auf alle Akteurinnen und Akteure des Gesundheitssystems und eine Behandlung des Themas bereits in der Schule.

Zustimmung: 25 Ablehnung: 2 Enthaltung: 15

Mehr Investitionen in den Gesundheitsbereich – G6

Um das Gesundheitssystem krisenfest aufzustellen, sind deutlich größere Investitionen nötig, vor allem, um mehr Personal einzustellen. Dabei muss beachtet werden, dass durch den demographischen Wandel der Finanzierungs- und Investitionsbedarf zukünftig noch weiter steigen wird. Zudem sollten die Rahmenbedingungen für Investitionen in das Gesundheitssystem verbessert werden (z.B. steuerliche Vorteile).

Zustimmung: 30 Ablehnung: 0 Enthaltung: 12



1.2 Empfehlungen

Handlungsfeld Gesundheit



G7 – Gesundheitspersonal außerhalb des Berufs entlasten

Um die Arbeit im Gesundheitssystem zu fördern, empfehlen wir, Bedingungen auch außerhalb des Gesundheitssystems zu verbessern, z.B. durch günstige Kita-Plätze für Pflegepersonal und weitere Betreuungsangebote, welche auf die Schicht- und Wochenend-Arbeitszeiten abgestimmt sind.

Zustimmung: 27 Ablehnung: 1 Enthaltung: 14

G8 – Unterstützung für pflegende Angehörige

Um das Gesundheitssystem zu entlasten, empfehlen wir, die häusliche Pflege unbürokratischer und attraktiver zu gestalten, indem das Pflegegeld deutlich erhöht wird (mindestens wie einen Mini-Job bezahlen) und es einen automatischen Inflationsausgleich gibt. Care-Arbeit wird überwiegend von Frauen geleistet. Insofern würde durch diese Regelung ein Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit geleistet.

Zustimmung: 35 Ablehnung: 0 Enthaltung: 7

G9 – Finanziellen Missbrauch vermeiden

Um sicherzustellen, dass vorhandene finanzielle Mittel nicht missbraucht werden – wie bei einigen Coronatest-Zentren – empfehlen wir ein funktionierendes Kontrollorgan einzuführen. Außerdem sollten alle Patientinnen und Patienten kontrollieren können, ob Leistungen korrekt abgerechnet wurden.

Zustimmung: 29 Ablehnung: 0 Enthaltung: 13



Dr. Dorothea
KLICHE-BEHNKE,
MDL,
Inzukunftskommission

2

1.3 Empfehlungen

Handlungsfeld Krisenvorsorge

K1 – Etablierung einer angemessenen Risikokultur

Um die gesamtgesellschaftliche Resilienz zu stärken, müssen wir eine angemessene Risikokultur etablieren. Wir empfehlen deshalb, die Strukturen des gesamten Bildungssystems zu nutzen, um das Risikobewusstsein der Bürgerinnen und Bürger von früh auf zu stärken. Dazu gehören die Aufklärung über existierende und mögliche Risiken und Krisen, Hinweise für den Umgang mit diesen sowie Maßnahmen zur Reduktion evtl. bestehender Ängste. Auch dem öffentlichen Rundfunk sollte bei der entsprechenden Bildungsarbeit eine wichtige Rolle zukommen.

Zustimmung: 34 Ablehnung: 4 Enthaltung: 4

K2 – Angemessene Informationen zu und Ausbau von Warnsystemen

Es muss sichergestellt werden, dass bestehende Warnsysteme und deren Bedeutung der breiten Bevölkerung bekannt sind. Die Zuständigkeiten unterschiedlicher Akteure auf verschiedenen Ebenen (Kommunal-, Landes- und Bundesebene) sollten dabei klar festgelegt und bekannt sein. Das Land Baden-Württemberg sollte entsprechende mehrsprachige Informationsmaterialien produzieren, welche Bürgerinnen und Bürger bei der Anmeldung in den Bürgerbüros automatisch erhalten. Funknetzunabhängige Warnsysteme, wie z. B. Sirenen, sollten zudem weiter ausgebaut werden.

Zustimmung: 37 Ablehnung: 3 Enthaltung: 2

K3 – Den Krisen- und Katastrophenfall üben und Schutzeinrichtungen erhalten

Das Land Baden-Württemberg sollte die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass kommunale Behörden, öffentliche Institutionen (Schulen usw.) und Arbeitgeber die Bevölkerung durch regelmäßige praktische Übungen auf den Krisen- und Katastrophenfall vorbereiten. Bürgerinnen und Bürger sollten dadurch klare, an die jeweiligen lokalen Bedingungen angepasste Handlungsabläufe erlernen. Zudem sollten vorhandene Schutzeinrichtungen erhalten bleiben.

Zustimmung: 37 Ablehnung: 2 Enthaltung: 3

Krisenpläne regelmäßig prüfen – K4

Vergangene Krisen haben gezeigt, dass das vorhandene Krisenmanagement nicht immer optimal funktioniert. Krisenpläne müssen daher in regelmäßigen Abständen auf ihre Aktualität, Robustheit und Umsetzbarkeit überprüft werden und ggf. angepasst werden. Besonders hilfsbedürftige Gruppen müssen berücksichtigt werden.

Zustimmung: 40 Ablehnung: 0 Enthaltung: 2

Krisenvorsorge durch Alternativen zum wachstumsbasierten Wirtschaften – K5

Viele der Krisen, die uns beschäftigen, sind menschengemacht und gehen u.a. auf einen unverhältnismäßigen Ressourcenverbrauch zurück. Dazu liegen uns seit langer Zeit zahlreiche Erkenntnisse vor – jedoch gelang es uns bisher nicht, ausreichende intelligente Alternativen zu unserem wachstumsbasierten Wirtschaften zu schaffen und umzusetzen. Unsere Gesellschaft muss sich so weiterentwickeln, dass wir alle nachhaltig handeln und leben können. Dies kann auch bedeuten, aus gesellschaftlicher Solidarität auf Dinge zu verzichten. Um aktiv auf die Verhinderung von Krisen einzuwirken, muss das Land Baden-Württemberg die Schaffung von Wissen zur Nachhaltigkeit auf verschiedenen Ebenen fördern und darauf aufbauend Investitionen tätigen. Außerdem muss das Land Anstrengungen unternehmen, Lobbyismus, der hohen Ressourcenverbrauch zur Folge hat, einzudämmen.

Zustimmung: 25 Ablehnung: 9 Enthaltung: 8





1.3 Empfehlungen

Handlungsfeld Krisenvorsorge



In Raumplanung und Städtebau Umweltbedingungen stärker berücksichtigen – K6

Neue Bauprojekte und der Wiederaufbau nach Katastrophen müssen existierende und sich verändernde Bedingungen (z.B. Umwelt, Finanzierbarkeit, Baurecht) sowie damit im Zusammenhang stehende Risiken stärker berücksichtigen. Präventiv muss auf eine nachhaltigere Bebauung geachtet werden, z.B. keine Versiegelung von Flächen, Freiflächen und eine sinnvolle Planung von Infrastruktur.

Zustimmung: 32 Ablehnung: 1 Enthaltung: 9

Durch ein starkes Gemeinwesen die Krisenresilienz erhöhen – K7

Um die Krisenresilienz zu erhöhen, sollten der Gemeinschaftssinn und das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern stärker in der Gesellschaft verankert werden. Neben „klassischem“ Engagement (z.B. bei THW, Feuerwehr oder DRK) sollten auch Formen spontaner, selbstorganisierter Hilfe in akuten Krisen und Katastrophen gefördert werden. Das kann z.B. durch einen möglichst unbürokratischen Ausgleich entstehender Kosten sowie bessere Rahmenbedingungen für die Freistellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschehen. Bestehende Koordinationsstellen für Engagement sollten zudem ihre Kapazitäten und Netzwerke ausbauen, damit sie auch in akuten Krisen und Katastrophenfällen als Anlaufstellen dienen sowie Hilfsbedarfe und -kapazitäten effektiv koordinieren können. Wenn in Gemeinden noch keine solchen Stellen existieren, sollten sie eingerichtet werden.

Zustimmung: 36 Ablehnung: 1 Enthaltung: 5

Anpassung und Angleichung der Vergütung von Freiwilligendiensten – K8

Eine krisenresiliente Gesellschaft braucht einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch Freiwilligendienste können hier eine wichtige Rolle spielen. Um das Engagement im Rahmen von Freiwilligendiensten stärker zu fördern, sollte das Land Baden-Württemberg sich auf Bundesebene für eine höhere Vergütung einsetzen. Zugleich sollte das Land auch den Vorschlag einbringen, die finanziellen Unterschiede zwischen der Vergütung von Freiwilligendiensten bei zivilgesellschaftlichen Organisationen bzw. öffentlichen Trägern und dem Einsatz bei der Bundeswehr zu verringern.

Zustimmung: 26 Ablehnung: 2 Enthaltung: 14

1.4 Empfehlungen

Handlungsfeld Wirtschaft



W1 – Hilfsfonds für Härtefälle

Preissteigerungen und Inflation treffen vor allem Haushalte mit einem geringen Einkommen. Um ihnen in akuten Krisensituationen schnell und unbürokratisch helfen zu können, empfehlen wir, einen Hilfsfonds für besondere Härtefälle einzurichten. Die einmaligen Auszahlungen sollen nicht rückzahlungspflichtig sein. Es muss aber eine nachträgliche Kontrolle der Entscheidungen geben, um Missbrauch zu beugen.

Zustimmung: 25 Ablehnung: 9 Enthaltung: 8

W2 – Kinder vor Armut schützen

Kinderreiche Familien und Einelternfamilien sind in besonderer Weise von Armut bedroht. Sie brauchen besonderen Schutz und, sofern sie nur über ein niedriges Einkommen verfügen, auch zusätzliche finanzielle Unterstützung.

Zustimmung: 35 Ablehnung: 1 Enthaltung: 6

W3 – Ausbau regenerativer Energieerzeugung beschleunigen

Bürokratische Prozesse bezüglich des Ausbaus regenerativer Energien behindern die Krisenbewältigung, weil sie zu umständlich und langwierig sind. Wir empfehlen vereinfachte Beantragungen und kürzere Bearbeitungsfristen. Das gilt sowohl für Privatpersonen als auch Firmen.

Zustimmung: 41 Ablehnung: 0 Enthaltung: 1

Hilfe da, wo sie gebraucht wird– W4

Bei allen Maßnahmen, mit denen die Politik die wirtschaftlichen Folgen von Krisen abfedern will, empfehlen wir: weg von der "Gießkanne". Unterstützung brauchen vor allem Personen mit einem niedrigen Gehalt oder auch Menschen, die unbezahlte Pflege und Kindererziehung leisten.

Zustimmung: 37 Ablehnung: 1 Enthaltung: 4

Bildung kosten- und hürdenfrei – W5

Wir empfehlen, Ausbildungsgebühren an Fachschulen abzuschaffen. Um die finanzielle Unabhängigkeit junger Menschen gerade in Krisen zu sichern, müssen vor allem das BAföG und die Ausbildungsbeihilfe schneller ausgezahlt werden.

Zustimmung: 36 Ablehnung: 2 Enthaltung: 4

Mehr Geld für Bildung – W6

Eine starke, krisenfeste Wirtschaft baut auf der Bildung der Kinder auf. Deswegen empfehlen wir, stärker in Bildung zu investieren: in Kitas und Schulen, Ausstattung und Personal sowie Ausbildung von Lehrkräften.

Zustimmung: 41 Ablehnung: 0 Enthaltung: 1

Digitalisierung von Schulen und Hochschulen stärken – W7

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die digitale Ausstattung von Ausbildungsstätten dringend verbessert werden muss. Auch die Fortbildung der Lehrkräfte für digitale Lehre soll gefördert werden. Digitaler Unterricht sollte die Präsenzlehre jedoch auch in Krisenzeiten nicht vollständig ersetzen.

Zustimmung: 41 Ablehnung: 0 Enthaltung: 1

1.4 Empfehlungen

Handlungsfeld Wirtschaft

W8 – Fachkräftemangel / Handwerk

Um dem Fachkräftemangel vor allem im Handwerk zu begegnen, empfehlen wir, das Handwerk aufzuwerten, indem z.B. angestellte Handwerkerinnen und Handwerker besser entlohnt werden und diejenigen, die körperlich schwer arbeiten, einen Bonus bei der Rente bekommen. Außerdem sollten Ausbildungs- und Handwerksberufe bereits in der Schule bekannt gemacht und Bildungscoaches eingesetzt werden, die diese Berufe und Karriereoptionen als Alternative zum Studium im Blick haben.

Zustimmung: 35 Ablehnung: 2 Enthaltung: 5

W9 – Zugang von Migrantinnen und Migranten zum Arbeitsmarkt erleichtern

Migrantinnen und Migranten mit im Heimatland gewonnen beruflichen Qualifikationen soll der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Asylsuchende sollen arbeiten können. Außerdem sollte die Abschiebung von gut integrierten Ausländerinnen und Ausländern gestoppt werden.

Zustimmung: 37 Ablehnung: 1 Enthaltung: 4

W10 – Weniger Übergewinne in Krisen

Damit einzelne Unternehmen sich nicht in Krisen unangemessen bereichern können, sollen vorsorglich Mechanismen entwickelt werden, mit denen sogenannte Übergewinne in Krisenzeiten begrenzt werden können. Dafür soll sich das Bundesland Baden-Württemberg auf Bundesebene einsetzen.

Zustimmung: 34 Ablehnung: 0 Enthaltung: 8



Der folgende Empfehlungsentwurf wurde vom Bürgerforum hingegen nicht angenommen:

Benachteiligungen auf dem Bildungsweg besser ausgleichen

Sozial Benachteiligte müssen auf ihrem Bildungsweg größere Hürden überwinden als andere. Um das auszugleichen, sollten diese Schülerinnen und Schüler besonders gefördert werden. Der Wechsel auf weiterführende Schulen sollte grundsätzlich später erfolgen.

Zustimmung: 13 Ablehnung: 16 Enthaltung: 13

1.5 Empfehlungen

Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt

GZ1 – Klare und deutliche Kommunikation

Die Politik muss gerade in Krisen klar und deutlich für alle und in einfacher Sprache kommunizieren. Entscheidungsprozesse müssen transparent erläutert und für verschiedene Personengruppen aufbereitet werden. Auftritte von Politikerinnen und Politikern sollen sachlich informativ sein und keinen Sensationsjournalismus bedienen.

Zustimmung: 41 Ablehnung: 0 Enthaltung: 1

GZ2 – Kommunikation verbessern: Zwischen Bund und Ländern, Politik und Bevölkerung

Die Kommunikation und Koordination zwischen Bund und Ländern in Krisen muss verbessert werden. Das Land Baden-Württemberg sollte hierzu entsprechende Vorschläge entwickeln. Die Notwendigkeit von Maßnahmen muss den Bürgerinnen und Bürgern klar und nachvollziehbar erklärt werden, damit eine gemeinsame Durchführung möglich ist. Dabei müssen Entscheidungen faktenbasiert und nicht auf Grund von Einzelinteressen getroffen werden.

Zustimmung: 41 Ablehnung: 0 Enthaltung: 1



Ehrliche Fehlerkultur etablieren – GZ3

Wir empfehlen, eine ehrliche Fehlerkultur zu etablieren. Politikerinnen und Politiker sollten Fehler klar benennen, eingestehen, adäquate Konsequenzen ziehen und beispielhaft mit Mut zur Korrektur handeln. Politikerinnen und Politiker müssen sich ihrer moralischen Verantwortung bewusst sein.

Zustimmung: 41 Ablehnung: 0 Enthaltung: 1

Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Bürgernetzwerke und andere Institutionen einbinden – GZ4

Bei der Verbreitung von wichtigen Informationen in Krisen sollen lokale Bürgernetzwerke und Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren, z.B. aus Schulen, Arztpraxen, Vereinen und anderen Institutionen, besser eingebunden werden. Diese können auch ortsspezifische Nachrichten weitergeben. Dazu müssen diese gut informiert werden.

Zustimmung: 37 Ablehnung: 1 Enthaltung: 4

Demokratische Kompetenzen stärken – GZ5

Das Verständnis für die grundlegende Funktionsweise unserer Demokratie muss gestärkt werden. Schon ab dem Kleinkindalter, spätestens gezielt in der Schule, müssen Diskussions- und Konfliktfähigkeit als Kernkompetenzen unterrichtet werden. Auch für Erwachsene müssen Methoden entwickelt und Wege gefunden werden, demokratische Kompetenzen weiter auszubilden. Dabei ist es wichtig, in einer facettenreichen Gesellschaft von Unterschieden zu lernen, bestehende Ängste abzubauen und sich auf Verbindendes, anstatt Spaltendes zu konzentrieren

Zustimmung: 35 Ablehnung: 1 Enthaltung: 6

1.5 Empfehlungen

Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt



GZ6 – Zusammenhalt zwischen Generationen fördern

Wir sehen ein hohes Konfliktpotential zwischen den Generationen. Wir empfehlen dem Landtag von Baden-Württemberg, verschiedene Generationen im Blick zu behalten und den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu stärken. Jungen Menschen muss mehr Gehör verschafft werden. Begegnungen zwischen den Generationen sollen gefördert werden, z.B. im Rahmen von ehrenamtlichem Engagement.

Zustimmung: 31 Ablehnung: 5 Enthaltung: 6

GZ7 – Aufklärung und Bekämpfung von Fehlinformationen

Gerade in Krisen können Fehlinformationen zu Spaltung führen. Faktenchecks müssen stärker etabliert werden, um Fehlinformationen zügig aufzudecken und direkt richtigzustellen. Weiterhin müssen für eine informierte Gesellschaft schon in Schulen Medienkompetenzen mit Inhalten wie z.B. Quellenprüfung durch Fachpersonal ausgebildet werden.

Zustimmung: 37 Ablehnung: 0 Enthaltung: 5

GZ8 – Kontrolle von sozialen Medien

Auf Bundesebene muss sich der Landtag von Baden-Württemberg für eine stärkere Abwehr gegen manipulative Propaganda in sozialen Medien sowie mehr Quellenprüfung einsetzen. Dabei müssen insbesondere auch die Plattformen selbst in die Pflicht genommen werden.

Zustimmung: 36 Ablehnung: 0 Enthaltung: 6

GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

sozial-emotionales Lernen fördern

Eltern- und Lehrerrollen
wichtig für die
soziale Kompetenz
der Kinder

Ausgangspunkt

Bildung

Freiwillige in
Krisensituationen
ist im Gesetz
verankert

Umgang mit
Flüchtlingen
→ Schulen (Mehrkulturelle
Schulung, etc.)
→ Integration

Studierenden-
vertreter /
(z.B. StuRa)

Seit von
nicht vergessen,
die in der
Pandemie
verunsichert sind

Jugend
initiativ

Vernetzung
unterschiedlicher
Gesellschafts-
schichten

Generationen
vernetzen

(Frühkindliche)
Bildung
Hilfsangebote für
diese Altersgruppe

Schülerinnen
in
Klassenarbeiten
einbringen

Digitalisierung

Mehr
für
...

Flüchtlinge
unterstützen
Lehrung / Vertretung

Zugänglichkeit
Niederschwelligkeit

Inklusion

Referent:in
zum Thema
Jugendarbeit
im Bereich Kultur
(Tanz, Theater usw.)

2. Das Bürgerforum „Krisenfeste Gesellschaft“



2.1 Das Bürgerforum und die Enquetekommission

Der von den Fraktionen GRÜNE und CDU eingebrachte Antrag nach § 34 der Geschäftsordnung des Landtags auf Einsetzung einer Enquetekommission wurde am 9. März 2022 im Plenum mehrheitlich angenommen. Aufgabe des Gremiums ist es, aus den in der Coronapandemie gesammelten Erfahrungen Lehren für kommende Herausforderungen zu ziehen und „Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die das Ziel haben, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen.“ Weil nach Ansicht der Antragsteller Politik alleine nicht alle Krisen bewältigen kann, soll für die Enquetekommission hierfür „ein kluges Interagieren von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft“ handlungsleitend sein. Die Enquetekommission hat den Auftrag, die Handlungsfelder Gesundheit, Krisenvorsorge, Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Wirtschaft in den Blick zu nehmen. Die Kommission besteht aus 14 Mitgliedern der im Landtag vertretenen Fraktionen sowie externen Sachverständigen und ist auf eine Laufzeit von rund 24 Monaten angelegt.

Als neues Element der Kommissionsarbeit soll die Enquetekommission außerdem „[...] eng mit einem Beteiligungsprozess von Bürgerinnen und Bürgern verzahnt werden.“ Die Landtagspräsidentin wurde beauftragt, parallel zu den ersten Sitzungen der Kommission ein **Bürgerforum Krisenfeste Gesellschaft** zu organisieren. Dieses sollte „aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern bestehen, die zu ausgewählten Fragen der Kommissionsarbeit ein Bürgergutachten erarbeiten. Dieses wird in die Arbeit der Kommission eingebracht. Bei Bedarf soll das Bürgerforum etwa zur Hälfte der Laufzeit der Kommission erneut zusammenkommen.“



¹ Landtag von Baden-Württemberg (2022): Einsetzung einer Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“. Drucksache 17/1816.

² Ebenda

³ Ebenda

2.2 Meinungsbildung im Bürgerforum und Entwicklung der Empfehlungen

Die Meinungsbildung in Bürgerforen entwickelt sich im Austausch unterschiedlicher Sichtweisen, Erfahrungen und Argumente der Teilnehmenden, bis Lösungen erreicht sind, die von einer deutlichen Mehrheit getragen werden und gegen die sich kein entschiedener Widerstand erhebt. Damit sich alle aktiv in diesen konsensorientierten Prozess einbringen können, sind **Kleingruppen das Herzstück einer jeden Bürgerforumssitzung**. Um gruppendynamischen Prozessen entgegenzuwirken, bei denen Einzelne sich als Meinungsführerinnen und Meinungsführer etablieren, werden die Kleingruppen immer wieder neu per Zufall zusammengesetzt.

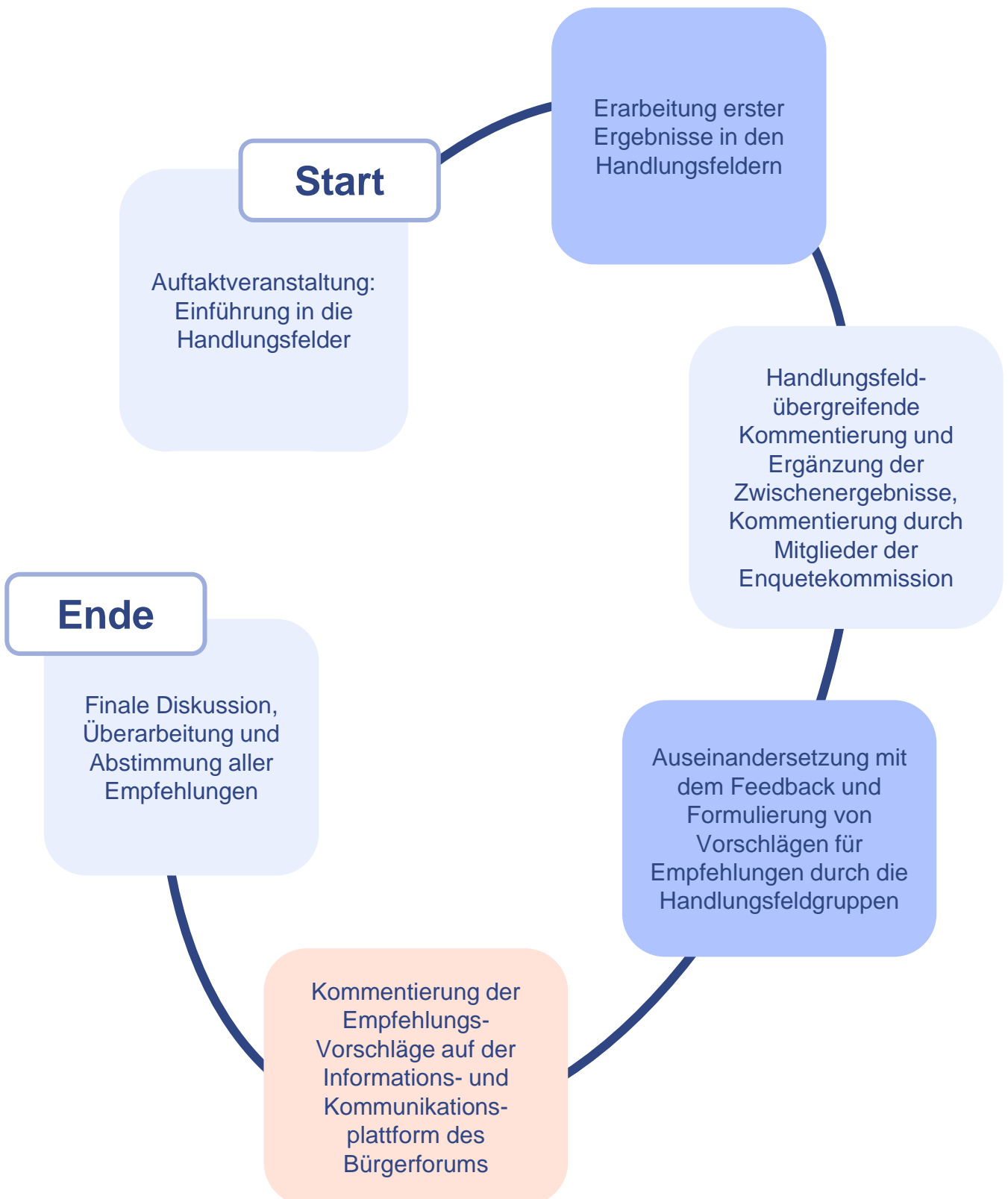
Die Meinungsbildung zu den Handlungsfeldern Gesundheit, Krisenvorsorge, Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Wirtschaft fand in Untergruppen des Bürgerforums statt. Nach der Auftaktsitzung konnten sich die Teilnehmenden nach Interesse frei einer der vier Gruppen zuordnen. Jede Handlungsfeldgruppe wurde durch ein professionelles Moderationsteam von jeweils zwei Personen unterstützt, welches darauf achtete, dass im Plenum alle zu Wort kamen, das Gespräch respektvoll und wertschätzend geführt wurde, sowie Fragestellungen und der verfügbare Zeitrahmen im Blick blieben. Darüber hinaus dokumentierten die Moderationsteams die Ergebnisse auf einem digitalen Whiteboard.

Die Zwischenergebnisse der Handlungsfeldgruppen wurden dann bei der Präsenzsitzung am 3. Dezember 2022 den anderen Mitgliedern des Bürgerforums vorgestellt. In lebhaften Diskussionen wurden sie ergänzt und kommentiert. Diese Möglichkeit zum Feedback nutzten auch die sieben Mitglieder der Enquetekommission, die an diesem Sitzungstag des Bürgerforums teilnahmen.

Mit den Rückmeldungen setzten sich die Handlungsfeldgruppen in einer weiteren digitalen Sitzung auseinander und entwickelten erste Formulierungsvorschläge für die Handlungsempfehlungen. Diese wurden auf die Informations- und Kommunikationsplattform des Bürgerforums hochgeladen. Alle Mitglieder konnten dort Zustimmung zu den Entwürfen signalisieren und Kommentare hinterlassen. Auf der Grundlage dieser Rückmeldungen erarbeitete das durchführende nexus Institut modifizierte Vorschläge für die Handlungsempfehlungen als Grundlage für die Abschlussitzung.

Vor der Abstimmung wurden die Empfehlungen im Plenum des Bürgerforums nochmals diskutiert, inhaltlich geschärft und sprachlich überarbeitet. Ein Entwurf zu den Leitsätzen wurde von nexus auf Grundlage der Kleingruppendiskussion zum Thema Gesellschaftlicher Zusammenhalt verfasst. Die Mitglieder des Bürgerforums konnten sich mit diesem Entwurf in Kleingruppen am letzten Sitzungstag auseinandersetzen, bevor die Leitsätze im Plenum finalisiert und abgestimmt wurden.

Am Ende des Bürgerforums wurden auf diese Weise 4 Leitsätze und 35 Empfehlungen zur Abstimmung gestellt. Sie sind das Ergebnis des dargestellten iterativen Prozesses. Die Vorschläge entwickelten sich im Verlauf des Bürgerforums durch die fortwährenden Diskussionen der Teilnehmenden und die wachsende Informationsbasis weiter und gewannen an Prägnanz.



Abstimmung der Empfehlungen

An der Abstimmung in Präsenz nahmen 35 Mitglieder des Bürgerforums teil. Weitere sieben waren aus unterschiedlichen Gründen verhindert. Sie erhielten die Möglichkeit, im Anschluss digital ihr Votum zu den in der Abschlusssitzung gemeinsam entwickelten finalen Fassungen der Empfehlungen abzugeben.

Es gab die Optionen der Zustimmung, Ablehnung oder auch Enthaltung. Eine Empfehlung, bei der sich im ersten Durchgang über 50 Prozent der Teilnehmenden enthalten hatten, wurde zurückgezogen und in einer neuen, inhaltlich klarer gefassten Form abschließend noch einmal zur Abstimmung gebracht.



Die Abstimmungsergebnisse zeigen deutlich, dass in vielen Fragen durch den intensiven Austausch untereinander ein weitgehender Konsens hergestellt werden konnte. Eine Empfehlung jedoch erhielt nicht die erforderliche absolute Mehrheit und bei einigen anderen ist anhand der verhältnismäßig starken Ablehnung oder auch der vielen Enthaltungen zu erkennen, dass sich die Mitglieder des Bürgerforums nicht einig waren. Das spiegelt auch gesellschaftliche Konfliktlagen wider.

2.3 Die Sitzungen im Überblick

Das Bürgerforum bestand insgesamt aus **sieben Sitzungen**, von denen drei in Präsenz und vier digital durchgeführt wurden, wie in der nachstehenden Tabelle aufgelistet.

Datum	Uhrzeit	Inhalt	Format
Sa, 8.10.2022	13:00–17:00	Auftaktveranstaltung	Präsenz
Do, 20.10.2022	18.00–21.00	Handlungsfeldsitzung I	Digital
Do, 3.11.2022	18.00–21.00	Handlungsfeldsitzung II	Digital
Do, 17.11.2022	18.00–21.00	Handlungsfeldsitzung III	Digital
Sa, 3.12.2022	11:30–16:30	Austausch über Ergebnisse	Präsenz
Do, 8.12.2022	18.00–21.00	Formulierung der Empfehlungen	Digital
Sa, 28.1.2023	11:30–17:00	Abstimmung und Abschluss	Präsenz

Digitale Sitzungen

Die digitale Durchführung von Sitzungen im Rahmen von Beteiligungsformaten hat in den letzten Jahren aufgrund der Corona-Pandemie stark an Bedeutung gewonnen und stellt Chance und Herausforderung zugleich dar. Da die digitale Teilnahme keine Anreise erfordert, ist es viel einfacher, sowohl Teilnehmende als auch Expertinnen und Experten zu gewinnen. Zudem bietet das digitale Format den Teilnehmenden die Chance, ihre Teilnahme leichter in ihren Alltag zu integrieren und ist dadurch gerade für Teilnehmende mit Pflegeverantwortung barriereärmer. Andererseits kann das digitale Format für manche Teilnehmende auch ein Hindernis darstellen. Dieser Herausforderung wurde durch das Angebot eines digitalen Coachings, die Bereitstellung elektronischer Geräte und den Betrieb einer Telefon-Hotline begegnet. Sitzungen in Präsenz ermöglichen dagegen ein persönliches Kennenlernen, einen lebendigeren Austausch und bieten vielfältige Möglichkeiten für einen informellen Austausch (bei Kaffeepausen, Mittagessen etc.). Durch die Kombination beider Formate war es möglich, das Beste aus beiden Welten miteinander zu verbinden. Die digitalen Sitzungen wurden mit der Videokonferenz-Software Webex durchgeführt. Außerdem kam das Programm Mural als digitales Whiteboard zum Einsatz und als Informations- und Kommunikationsplattform wurde Howspace genutzt.

Alle Sitzungen wurden in einem detaillierten Moderationsplan konzipiert und durch professionelle Moderatorinnen und Moderatoren im Plenum und in den vier Handlungsfeldern begleitet. In Abstimmung mit dem Auftraggeber wurden Expertinnen und Experten gewonnen, gebrieft und betreut. Die Teilnehmenden wurden während und zwischen den Sitzungen fortlaufend unterstützt.

2.4 Sitzung 1: Auftaktveranstaltung

Inhalt und Ziel der Sitzung war es, in die Themen der Arbeitsgruppen einzuführen, die Aufgabenstellung der Enquetekommission und des Bürgerforums zu vermitteln und erste Ideen und Beiträge der Mitglieder für die Gestaltung der Agenda der folgenden Sitzungen zu erheben. Eine weitere wichtige Funktion der Auftaktveranstaltung war das Kennenlernen der Mitglieder untereinander. Im Rahmen der Veranstaltung sprachen die **Landtagspräsidentin, Frau Aras**, und der **Vorsitzende der Enquetekommission, Herr Salomon**, den Mitgliedern des Bürgerforums ihre Wertschätzung aus.

Kennenlernen und Einführung in die vier Handlungsfelder

Anschließend wurden die vier Handlungsfelder von Expertinnen und Experten vorgestellt. Zunächst wurde das Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt von Frau **Selin Akin** vom Jugendgemeinderat Ludwigsburg und von Herrn **Dr. John Litau** von der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. vorgestellt. Während Frau Akin die Perspektive der Jugend darstellte, ging es im Vortrag von Herrn Dr. Litau um gesellschaftliche Gruppen, deren Erfahrungen und Interessen in der Öffentlichkeit wenig präsent sind.

Danach wurden das Handlungsfeld Gesundheit vom baden-württembergischen Minister für Gesundheit, Soziales und Integration, Herrn **Manne Lucha**, MdL, und das Handlungsfeld Krisenvorsorge von Herrn **Oliver Christopher Will** von der Strategiemanufaktur Karlsruhe vorgestellt. Schließlich führte Herr **Bernd Calaminus** von EnBW mit einem Impulsvortrag in das Handlungsfeld Wirtschaft ein.

Annäherung an die Handlungsfelder in Kleingruppen

Anschließend lernten die Teilnehmenden sich und die Handlungsfelder in Kleingruppen näher kennen. Insgesamt gab es drei Runden von Kleingruppen. Während bei der ersten Runde das gegenseitige Kennenlernen der Teilnehmenden im Vordergrund stand, fand in den beiden folgenden Runden eine Annäherung an die Handlungsfelder statt.

Am Ende der Sitzung konnten die Teilnehmenden sich je nach Interesse für die nächsten Sitzungen einem Handlungsfeld zuordnen.





2.5 Sitzungen 2 - 4: Handlungsfeldsitzungen

In den nächsten drei Sitzungen trafen die Teilnehmenden sich jeweils in dem von ihnen gewählten Handlungsfeld. In der **ersten Handlungsfeldsitzung** ging es darum, gemeinsam ein Problemverständnis für das jeweilige Thema zu gewinnen und Problematiken zu identifizieren, die in den kommenden beiden Sitzungen vertieft werden sollten. In der **zweiten** und **dritten Handlungsfeldsitzung** wurde in jeder Gruppe jeweils ein Thema erörtert, das zuvor als besonders relevant gekennzeichnet worden war. In diesen Sitzungen ging es darum, das jeweilige Problem besser zu verstehen und auch bereits erste Lösungsansätze zu entwickeln, die dann im weiteren Verlauf des Bürgerforums zu konkreten Empfehlungen ausgearbeitet wurden.

Sitzung 1 / Auftaktveranstaltung: Vorstellung der Handlungsfelder



Der Ablauf gestaltete sich in allen Handlungsfeldsitzungen und -gruppen sehr ähnlich: Nach einem oder auch zwei Kurzvorträgen von Expertinnen und Experten und anschließenden Rückfragen im Plenum wurden die Mitglieder in unmoderierte Kleingruppen aufgeteilt. Dort diskutierten sie anhand von Leitfragen miteinander. Im Anschluss an die Kleingruppendiskussionen wurden deren Ergebnisse jeweils im Plenum vorgestellt und auf einem vorbereiteten digitalen Whiteboard gesammelt. Am Ende wurden die erarbeiteten Ergebnisse von den Teilnehmenden durch Vergabe einer begrenzten Zahl von Punkten priorisiert.

Die Oberthemen, Vorträge und die von den Teilnehmenden diskutierten Leitfragen sind im Folgenden für jedes der vier Handlungsfelder summarisch für die Sitzungen 2–4 dargestellt.

Handlungsfeld Gesundheit

Sitzungen 2 - 4



Sitzung 2 – Themenfindung

Vortrag: Frau Martina Rudolph-Zeller von der Deutschen TelefonSeelsorge trug zum Thema „Krisen im Bereich der Gesundheit aus Sicht der TelefonSeelsorge“ vor.

Leitfrage 1: Welche Schwachstellen des Gesundheitssystems wurden für Sie während vergangener Krisen sichtbar?

Leitfrage 2: Welche Bevölkerungsgruppen müssen aus Ihrer Sicht besondere Berücksichtigung bei Krisen im Bereich Gesundheit finden?

Themen für nächste Sitzungen:

- Personalmangel im Gesundheitssystem
- Kostendruck und ökonomische Anreize im Gesundheitssystem

Sitzung 3 – Personalmangel im Gesundheitssystem

Vortrag: Prof. Dr. Heinz Rothgang von der Universität Bremen trug zum Thema „Wie können wir ausreichende Pflege in der Zukunft sicherstellen?“ vor.

Leitfrage 1: Um den Personalmangel im Gesundheitssystem zu beheben, hat die Politik bereits die folgenden Maßnahmen identifiziert. Welche davon finden Sie besonders wichtig?

- Umschulungen und Weiterbildungen
- Verbesserung der Work Life Balance
- Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigungen
- Erhöhung der Ausbildungszahlen
- Zuwanderung von Fachkräften
- Verstärkte Digitalisierung

Leitfrage 2: Welche zusätzlichen Maßnahmen scheinen Ihnen geeignet, um den Personalmangel im Gesundheitssystem zu beheben?

Sitzung 4 – Kostendruck und ökonomische Anreize im Gesundheitssystem

Vortrag: Prof. Dr. Andreas Schmid von der Universität Bayreuth trug zum Thema „Ökonomie und Gesundheit – ein Widerspruch?“ vor.

Leitfrage 1: Welche der im Vortrag angesprochenen Aspekte erscheinen Ihnen besonders wichtig zu sein, um die Krisenfestigkeit des Gesundheitssystems zu stärken?

Leitfrage 2: Können ökonomische Anreize dazu beitragen, die Krisenfestigkeit des Gesundheitssystems zu erhöhen? Wenn ja, welche Anreize erscheinen Ihnen hierfür geeignet?



Handlungsfeld Krisenvorsorge

Sitzungen 2 - 4



Sitzung 2 – Themenfindung

Vortrag: Prof. Dr. Juergen Weichselgartner von der HWR Berlin trug zum Thema „Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung: Zentrale Akteure und aktuelle Herausforderungen“ vor.

Leitfragen 1:

- Welche Krisen beschäftigen Sie besonders? Haben Sie persönliche Bezüge?
- Welche Akteure müssen (gut) zusammenarbeiten, um die von ihnen erwähnten Krisen zu bewältigen?

Leitfragen 2:

- Welche zentralen Herausforderungen sehen Sie im vorgestellten Handlungsfeld?
- Welche Probleme erkennen Sie?

Themen für nächste Sitzungen:

- Risiko- und Krisenkommunikation
- Bürgerbeteiligung in Krisen und Katastrophen

Sitzung 3 – Risiko- und Krisenkommunikation

Vortrag: Frau Melanie Schwarz vom Deutschen Komitee für Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV) trug zum Thema „Lessons-to-Learn‘ aus der Flutkatastrophe 2021“ vor.

Leitfrage 1: Welche der im Vortrag angesprochenen Aspekte sind aus Ihrer Sicht besonders wichtig, um die Kommunikation in Krisen zu verbessern?

Leitfrage 2: Haben Sie Ideen, durch welche zusätzlichen Maßnahmen die Risiko- und Krisenkommunikation verbessert werden könnte? Berücksichtigen Sie dabei auch Krisen, die schwerer zu fassen sind, wie bspw. den Klimawandel.

Sitzung 4 – Bürgerbeteiligung in Krisen und Katastrophen

Vortrag: Frau Sara T. Merkes und Theresa Zimmermann von der FU Berlin trugen gemeinsam zum Thema: „Wie mithelfen? Zivilgesellschaft in Krisen und Katastrophen aktiv dabei“ vor.

Leitfrage 1: Welche Herausforderungen sehen sie beim Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Krisen und Katastrophen?

Leitfrage 2: Haben Sie Ideen, durch welche Maßnahmen die identifizierten Herausforderungen angegangen werden könnten?



Handlungsfeld Wirtschaft

Sitzungen 2 - 4



Sitzung 2 – Themenfindung

Vorträge: Dr. Gerhard Kussel von der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften hielt einen Vortrag zum Thema „Wirtschaft in der Krise“; Dr. Jendrik Scholz vom DGB Baden-Württemberg gab einen Input zum selben Thema.

Leitfragen 1:

- Wie erleben Sie persönlich die Auswirkungen der verschiedenen Krisen (Energie, Ukrainekrieg, Corona, Klima) auf die Wirtschaft?
- Was macht Ihnen Sorge – wo sehen Sie Potenziale?
- Welche Bevölkerungsgruppen haben unter den wirtschaftlichen Auswirkungen von Krisen besonders zu leiden?

Leitfragen 2:

- Welche zentralen Herausforderungen sehen Sie im vorgestellten Handlungsfeld?
- Welche Probleme erkennen Sie?

Themen für nächste Sitzungen:

- Ungleiche wirtschaftliche Belastung
- Freier Zugang zu Bildung

Sitzung 3 – Ungleiche wirtschaftliche Belastung

Vorträge: Herr Matthias Bauer von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg hielt einen Vortrag zum Thema „Welche Bevölkerungsgruppen sind von Krisen besonders betroffen“ und Frau Brigitte Rösiger vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV e.V.) gab einen Input zum Thema „Einblick in den Alltag Alleinerziehender“.

Leitfragen:

- Was ist Ihnen aufgefallen? Welche Aspekte fanden Sie besonders wichtig? Wo haben Sie eigene Erfahrungen oder können über Erfahrungen berichten?
- Welche Lösungsideen haben Sie? Haben Sie Empfehlungen, wo die Politik bessere Lösungen finden soll, weil Sie vielleicht das, was es jetzt gibt, als ungerecht empfinden?

Sitzung 4 – Freier Zugang zu Bildung

Vorträge: Herr Vincent Steinl von der Robert Bosch Stiftung gab einen Überblick zu „Bildungschancen – Bildungsgerechtigkeit“ und Frau Jaana Espenlaub von Arbeiterkind gGmbH vertiefte dieses Thema weiter. Während Herr Steinl zur Frage nach dem freien Zugang zu Bildung den Blick vor allem auf den Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen legte, stellte Frau Espenlaub den Übergang ins Studium in den Mittelpunkt.

Leitfragen 1:

- Was ist Ihnen besonders wichtig?
- Wo sehen Sie die Verbindung zwischen dem Thema Bildung und dem Thema Krise und was hat das mit dem Handlungsfeld Wirtschaft zu tun?

Leitfragen 2:

- Wie kann Bildung zu einer krisenfesten Wirtschaft und Gesellschaft beitragen?
- Haben Sie Lösungsideen?
- Haben Sie Empfehlungen, wo die Politik bessere Lösungen finden soll, weil Sie vielleicht das, was es jetzt gibt, als ungerecht empfinden?



Handlungsfeld

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Sitzungen 2 - 4

Sitzung 2 – Themenfindung

Vortrag: Frau Melanie DENSE von der Vector Stiftung trug zum Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Krisen“ vor.

Leitfragen 1:

- Was bedeutet gesellschaftlicher Zusammenhalt für Sie?
- Was trägt dazu bei?
- Auf welchen Ebenen erleben Sie gesellschaftlichen Zusammenhalt?
- Wo sehen Sie gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Leitfragen 2:

- Was sind Problemfelder von gesellschaftlichem Zusammenhalt?
- Worunter leidet Zusammenhalt in Krisen?
- Auf welche Art ist Zusammenhalt gefährdet?

Themen für nächste Sitzungen:

- Politische Kommunikation an die Bürgergesellschaft im Zeitalter der sozialen Medien
- Gesellschaftliche Spaltung durch Informationen

Sitzung 3 – Politische Kommunikation an die Bürgergesellschaft im Zeitalter der sozialen Medien

Vortrag: PD Dr. Jan-Hinrik Schmidt vom Leibniz-Institut für Medienforschung trug zum Thema „Politische Kommunikation und soziale Medien“ vor.

Leitfragen 1:

- Wodurch wird politische Kommunikation unverständlich? Was sind Gründe dafür?
- Was führt dazu, dass Informationen nicht ankommen oder nicht akzeptiert werden?
- Was können besondere Herausforderungen für das Verständnis und die Akzeptanz in Krisen sein, wenn schnelle Kommunikation wichtig ist?

Leitfragen 2:

- Worauf muss bei politischer Kommunikation geachtet werden, damit sie für alle verständlich ist?
- Was sollte die Politik beachten, wenn sie mit der Bürgergesellschaft kommuniziert?
- Worauf muss gerade in Krisen bei der Kommunikation geachtet werden?

Sitzung 4 – Kostendruck und ökonomische Anreize im Gesundheitssystem

Vortrag: Prof. em. Dr. Uwe Schimank von der Uni Bremen trug zum Thema „Gesellschaftliche Spaltung“ vor.

Interview: Frank Baumeister vom kubus e.V. Stuttgart wurde zum Thema „Engagement für ein Miteinander“ interviewt.

Leitfragen 1:

- Was sind Gründe, warum wir uns voneinander entfernen?
- Wie wirkt sich „gesellschaftliche Spaltung“ in Krisen aus?
- Auf welchen Ebenen wird „gesellschaftliche Spaltung“ für Sie in Krisen bemerkbar?

Leitfragen 2:

- Wie kann „gesellschaftlicher Spaltung“ entgegengewirkt werden?
- In welchen Themenfeldern gibt es ein besonders hohes Risiko für „gesellschaftliche Spaltung“? In welchen Bereichen besteht deshalb der größte Handlungsbedarf?
- Was sollte die Politik gerade in Krisenzeiten in Bezug auf „gesellschaftliche Spaltung“ beachten?



2.6 Sitzung 5: Austausch über Ergebnisse

Nachdem in den vorherigen drei Handlungsfeldsitzungen die Arbeitsgruppen jeweils Probleme identifiziert und Lösungsansätze entwickelt hatten, lag der Fokus in dieser Präsenzsitzung auf einem Austausch zu den Ergebnissen über die Handlungsfelder hinweg. Vorher jedoch gab es die Möglichkeit, die Arbeit und Mitglieder der Enquetekommission besser kennenzulernen.

Kennenlernen der Enquetekommission

Zu Beginn konnten sich die Mitglieder des Bürgerforums und Politikerinnen und Politiker der Enquetekommission gegenseitig kennenlernen. Zwei Mitglieder der Enquetekommission stellten deren Arbeit vor. **Dr. Natalie Pfau-Weller** (CDU, MdL), die stellvertretende Kommissionsvorsitzende, und **Daniel Karrais** (FDP/DVP, MdL) gaben hierzu jeweils einen kurzen Überblick. Sie hoben dabei unter anderem hervor, dass die Kommission von Anfang an daran interessiert gewesen sei, dass es auch ein flankierendes Bürgerforum gebe, dessen Arbeit in den Bericht der Kommission einfließen solle.

Anschließend lernten sich Politikerinnen und Politiker und Bürgerinnen und Bürger gegenseitig in einem „Speed-Dating“-Format kennen. Die Mitglieder der Enquetekommission standen hierfür jeweils an einem Stehtisch, auf dem Karten mit vorbereiteten Fragen auslagen, welche sich die Politikerinnen und Politiker und Bürgerinnen und Bürger abwechselnd gegenseitig stellten. Die Bürgerinnen und Bürger zogen dabei als Gruppe von Tisch zu Tisch.



Kennenlernen der Arbeitsstände der Handlungsfeldgruppen

Nach einem Mittagessen lernten die Bürgerinnen und Bürger und Politikerinnen und Politiker die Arbeitsstände der vier Handlungsfeldgruppen anhand von großformatigen Postern kennen. Diese basierten auf den Whiteboards, welche in den beiden letzten Handlungsfeldsitzungen erstellt worden waren. Dazu begaben sich die Bürgerinnen und Bürger und Politikerinnen und Politiker in drei Runden zu den Postern jeweils eines Handlungsfelds, um die Arbeitsergebnisse nachzuvollziehen. Moderatorinnen standen jeweils vor den Postern bereit, um das Vorgehen der Handlungsfeldgruppen und die Ergebnisse zu erläutern. Bürgerinnen und Bürger und Politikerinnen und Politiker konnten Feedback zu den bisherigen Lösungsansätzen in Form farblich codierter Post-its hinterlassen. Mitglieder der Enquetekommission konnten zwar konstruktives Feedback und informative Hinweise geben, aber keine inhaltliche Wertung der Vorschläge vornehmen. Die Hinweise, Informationen und Anregungen wurden vollumfänglich dokumentiert, um sie in der nächsten Sitzung in die Formulierung von Empfehlungen einfließen lassen zu können.

Übergreifendes Thema: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Zum Abschluss wurde das **Querschnittsthema** Gesellschaftlicher Zusammenhalt vertieft, welches in allen Handlungsfeldern als wichtiges Thema genannt worden war und sich somit auch für die Formulierung übergreifender Leitsätze eignet, welche den Empfehlungen der jeweiligen Handlungsfelder vorangestellt werden können.

Hierzu gab es einen Vortrag von **Dr. Kai Unzicker** (Bertelsmann Stiftung), der Mitautor der Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg⁴ ist, die sich mit den Auswirkungen der Corona-Krise beschäftigt. Im Anschluss an den Vortrag gab es die Gelegenheit zu Rückfragen.

Danach fand eine Diskussion in moderierten Kleingruppen statt, bei der die Bürgerinnen und Bürger mögliche Leitsätze anhand folgender Frageblöcke entwickeln sollten:

Leitfragen

- Was hat gesellschaftlicher Zusammenhalt mit Krisen zu tun? Macht Zusammenhalt eine Gesellschaft krisenfester? Wie könnte ein erster Leitsatz lauten?
- Wodurch wird gesellschaftlicher Zusammenhalt gefährdet? Was ist dagegen zu tun? Wie könnte ein zweiter Leitsatz lauten?
- Haben Sie weitere Punkte, die Ihnen beim gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig sind? Haben Sie weitere Vorschläge für handlungsfeldübergreifende Leitsätze?

Die Ergebnisse der Kleingruppendiskussionen wurden als Ideensammlung dokumentiert.

⁴ Bertelsmann Stiftung 2022: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022.

2.7 Sitzung 6: Formulierung der Empfehlungen

Vorbereitend für diese Sitzung erstellte das nexus Institut Empfehlungsentwürfe, die auf den Sitzungsdokumentationen basierten. Die Entwürfe dienten dem Bürgerforum als Diskussionsgrundlage, um in dieser Sitzung Empfehlungen zu formulieren.

Die Sitzung startete direkt in den Handlungsfeldgruppen. Nach einer kurzen Erläuterung, wie die Empfehlungsentwürfe aus den Diskussionsergebnissen der letzten Sitzungen entstanden waren, wurden die Entwürfe vorgestellt und einzeln diskutiert. Dabei konnten Formulierungen geändert, gestrichen, ergänzt oder auch Vorschläge für eine Aufteilung oder Verbindung von Empfehlungen eingebracht werden. Die finalen Empfehlungen sollten den Vorstellungen der Teilnehmenden entsprechen. Die Überarbeitung erfolgte überwiegend im Gruppenplenum, auch wenn in einigen Handlungsfeldern situationsbedingt einzelne Formulierungen zunächst in Kleingruppen vorbereitet wurden.

Nach der Sitzung wurden die bearbeiteten Empfehlungen auf der Informations- und Kommunikationsplattform des Bürgerforums bereitgestellt, mit der Möglichkeit für das gesamte Bürgerforum, noch einmal eine schriftliche Rückmeldung zu geben. Die Rückmeldungen wurden in der Folge vom nexus Institut eingearbeitet und in der letzten Sitzung vorgestellt.

2.8 Sitzung 7: Abstimmung und Abschluss

Zu Beginn richtete die **Landtagspräsidentin Muhterem Aras** eine Ansprache an die Mitglieder des Bürgerforums und betonte, wie wichtig Bürgerbeteiligung sei und welchen Stellenwert diese in Baden-Württemberg habe.

Anschließend ging es in der Sitzung darum, die Empfehlungen abschließend zu diskutieren und sprachlich zu finalisieren. Dazu wurde zunächst transparent dargelegt, welche Modifikationen an den Empfehlungsentwürfen das nexus Institut seit der vergangenen Sitzung auf Grundlage der Rückmeldungen von Teilnehmenden auf der Informations- und Kommunikationsplattform vorgenommen hatte. Die erarbeiteten Empfehlungen wurden hierzu einzeln vorgelesen und etwaige Veränderungen jeweils erläutert. Danach gab es zu jeder Empfehlung Gelegenheit für eine Aussprache und letzte Änderungswünsche, bevor über die betreffende Empfehlung abgestimmt wurde.



Außer den Handlungsempfehlungen wurden auch die **Leitsätze diskutiert und abgestimmt**. Auf Grundlage der Ergebnisse der Kleingruppendiskussionen in der Präsenzsitzung am 3. Dezember 2022 hatte das nexus Institut Formulierungsvorschläge vorbereitet. In einem ersten Schritt wurden die Grundlage und die Vorgehensweise zur Formulierung der Leitsatzvorschläge transparent gemacht. Anschließend wurde im Plenum darüber abgestimmt, ob das Bürgerforum überhaupt Leitsätze formulieren wolle. Dies wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Anschließend wurden die Vorschläge in unmoderierten Kleingruppen diskutiert. Diese Form wurde gewählt, weil zu den Leitsatzentwürfen noch kein intensiver Austausch der Mitglieder untereinander hatte stattfinden können. Durch die Diskussionen erfuhren sie eine deutliche Schärfung einschließlich einer kompletten Neuformulierung eines Leitsatzes durch eine der Kleingruppen.

Außerdem fasste das Bürgerforum über die im Abschlussbericht anzuwendende Form des Genders einen Beschluss und bestimmte Delegierte, welche die Empfehlungen und das Bürgergutachten in einer der nächsten Sitzungen der Enquetekommission vorstellen sollten.



3. Die Teilnehmenden des Bürgerforums

3.1 Die Auswahl der Teilnehmenden

Die Teilnehmenden des Bürgerforums wurden in einem dreistufigen, **zufallsbasierten Verfahren** ausgewählt. In einem ersten Schritt wurden 32 Gemeinden aus Baden-Württemberg zufällig ausgewählt. Hierbei wurden Kommunen aus allen vier Regierungsbezirken und mit unterschiedlichen Einwohnerzahlen berücksichtigt. In einem zweiten Schritt wurden 3.500 Bürgerinnen und Bürger aus diesen 32 Gemeinden per Brief eingeladen, an dem Bürgerforum teilzunehmen. Dabei wurde darauf geachtet, dass gleich viele Frauen und Männer angeschrieben wurden und diese sich auf die einzelnen Gemeinden in Abhängigkeit des Bevölkerungsanteils der Regierungsbezirke sowie der Gemeindegrößen verteilen. Von den kontaktierten Personen wurden auf freiwilliger Basis einige sozio-demografische Merkmale erfragt: Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, Bildungsabschluss und durchschnittliches Haushaltseinkommen. In einem dritten Schritt wurde dann aus den positiven Rückmeldungen eine möglichst heterogene Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern ausgewählt, die sich gemäß der sozio-demografischen Merkmale ungefähr so zusammensetzte wie die Gesellschaft in Baden-Württemberg.



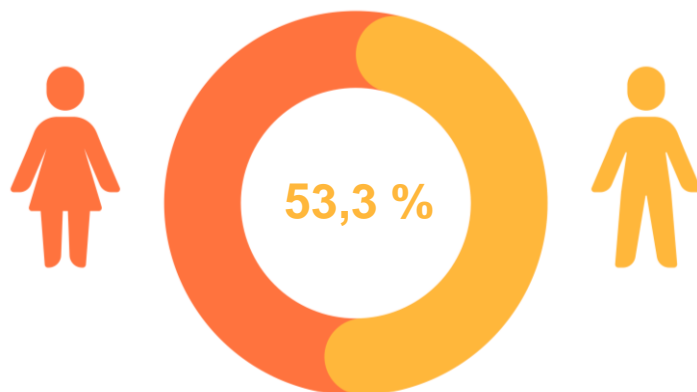
Die Auswahl der Teilnehmenden führte der Auftraggeber selbst durch. Die Liste der ausgewählten Bürgerinnen und Bürger wurde dann an das nexus Institut übermittelt, welches das weitere Management der insgesamt 52 Teilnehmenden übernahm. Im Verlauf der Zeit schieden einige Mitglieder aus dem Bürgerforum aus. Gründe hierfür waren vor allem gesundheitliche Einschränkungen oder auch eine zu große zeitliche Belastung. Schlussendlich haben 42 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus ganz Baden-Württemberg die Empfehlungen und Leitsätze abgestimmt.



3.2 Statistik der Teilnehmenden

Gender

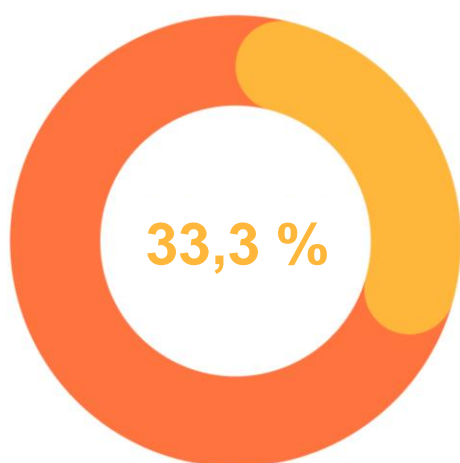
Im Bürgerforum



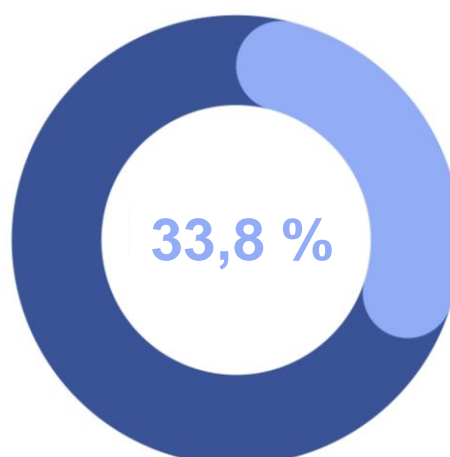
30 Bürgerinnen und 32 Bürger waren am Bürgerforum beteiligt.

Migrationshintergrund*

Im Bürgerforum



In Baden-Württemberg



20 Personen mit Migrationshintergrund* waren beim Bürgerforum dabei.

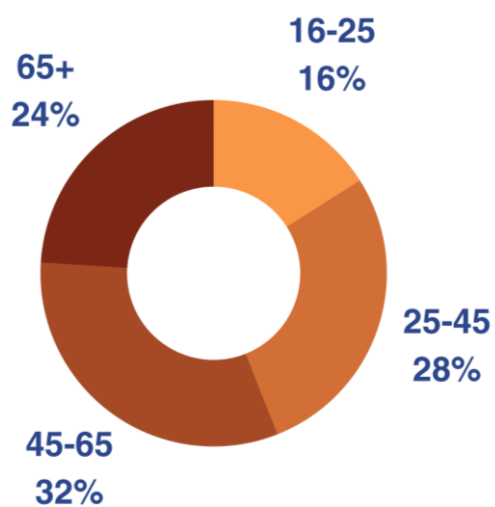
*Eltern oder selbst bei der Geburt ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Soweit keine andere Quelle angegeben ist, beziehen sich die Angaben auf die Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

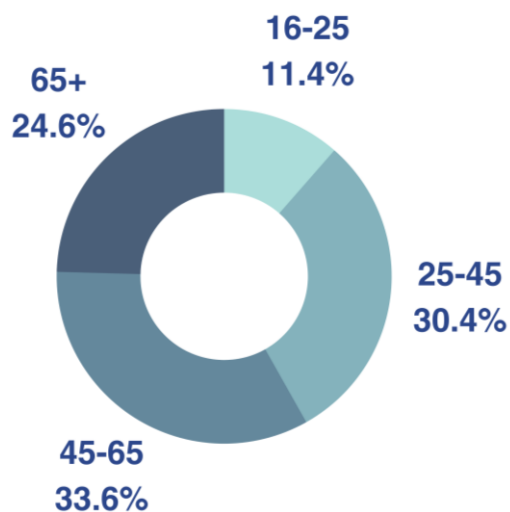


Alter

Im Bürgerforum



In Baden-Württemberg



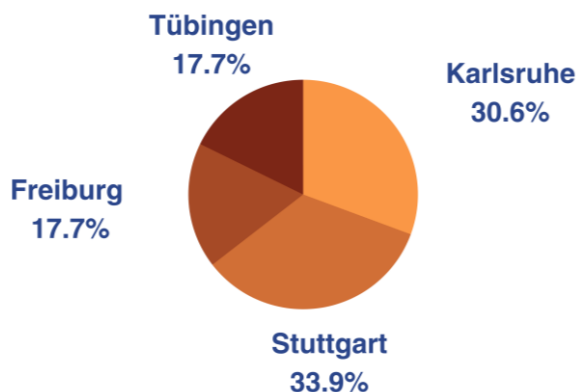
Menschen unterschiedlichsten Alters – von 16 bis über 65 – kamen im Bürgerforum zusammen.



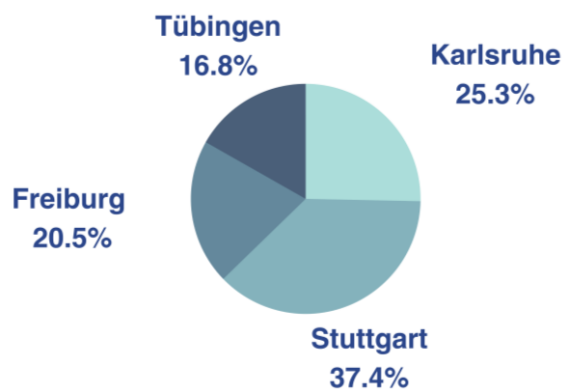
3.2 Statistik der Teilnehmenden

Regierungsbezirke

Im Bürgerforum



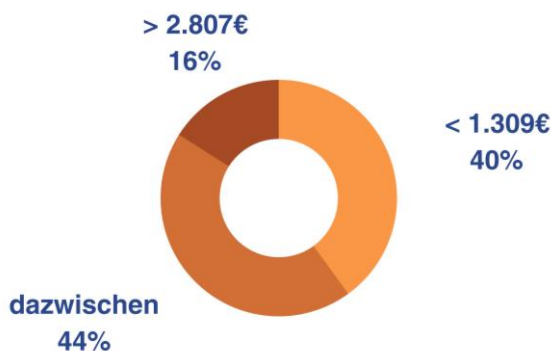
In Baden-Württemberg



Bürgerinnen und Bürger aus allen vier Regierungsbezirken Baden-Württembergs waren beim Bürgerforum dabei.

Einkommen*

Im Bürgerforum



In Baden-Württemberg



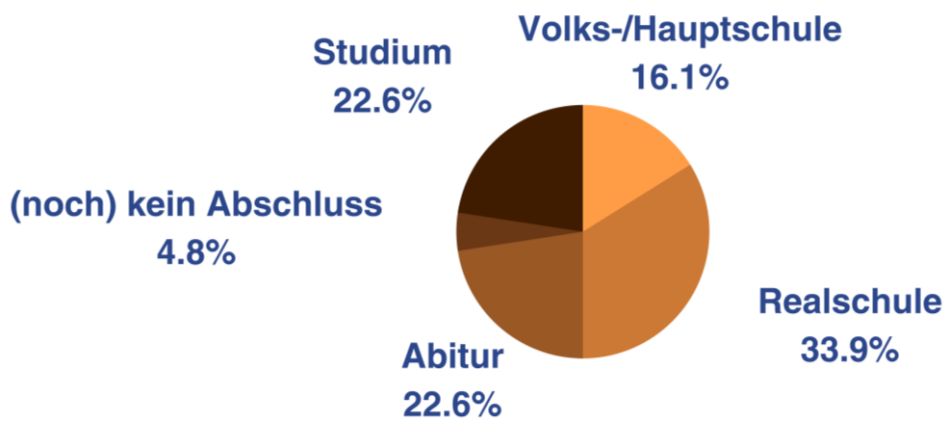
Menschen aus unterschiedlichen Einkommensgruppen kamen im Bürgerforum zusammen. Dabei wurde das gesamte Haushaltseinkommen sowie die Anzahl der Haushaltsmitglieder berücksichtigt.

*Laut BBP; Median 2016. Hier umgerechnet auf monatliches Einkommen.

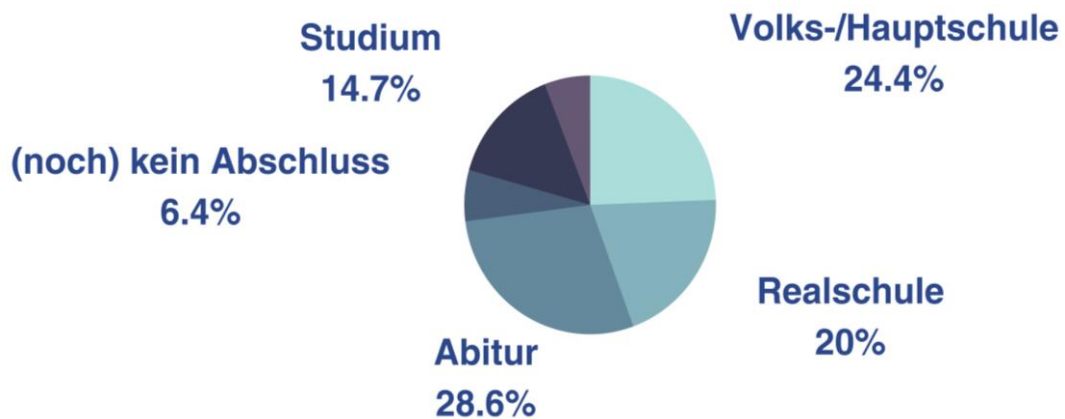


Bildungsabschluss

Im Bürgerforum



In Baden-Württemberg**



Am Bürgerforum nahmen Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichsten Bildungsabschlüssen teil.

**Bevölkerung ü15.

Die Teilnehmenden



Ramón Almendral-Schaufler



Naadiatu-Bagigah Bawah



Annette Brendl



Etienne Brombacher



Diana Causaras



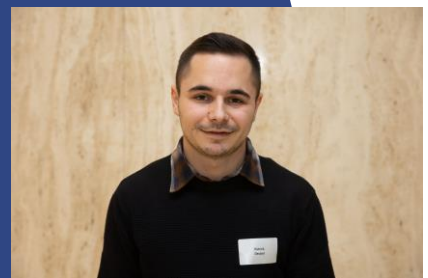
Robert Cellary



Hella Deluse



Rozerin Demirtas



Patrick Deubel



Elke Drebler



Johanna Fehrenbach



Sophia Frohmuth



Frank Grözinger



Janine Jäger



Barbara Jehle



Dr. Florian Kech



Dr. Almuth
Kuchenbäcker-Schott



Daniela Lamparter



Marion Lawall



Wendong Liang



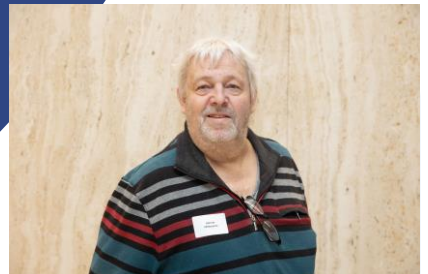
Detlef Meier



Armin Meier



Agnieszka Mlodawska



Werner Möllmanns

Die Teilnehmenden



Sven Musiol



Silke Neumann



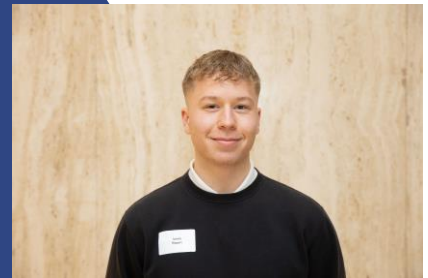
Daniel Niebel



Ursula Rieger-Patzer



Susanne Riffel



Jannik Rippert



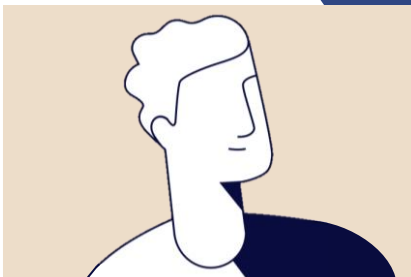
Julia Scherrer



Annette Schmidt



Nina Schulz



Richard Serve



Jean Michel Sidaine



Claudia Stange



Volkan Tiras



Sabine Vollmer



Magnus Weber



Peter Weier

8 weitere Teilnehmende, die nicht namentlich genannt werden wollten.



Zitate der Teilnehmenden

„Der Austausch mit den Abgeordneten war sehr interessant. Er hat unsere Gesellschaft widergespiegelt [...]“

„Traut der Jugend was zu! Traut der Gesellschaft was zu!“

„Ich fand es auch sehr informativ, einfach mal Politiker was zu fragen. Die Gelegenheit hat man ja sonst nie. Das war auch ganz spannend und man konnte auch tolle Fragen stellen oder hat auch Antworten bekommen. Fand ich richtig gut, ja.“

„Bisher war der Austausch recht fruchtbar, man hat gleich wieder viele Meinungen am Tisch. Das ist natürlich eine Vielfalt, die viel Freude macht.“

„Da haben wir Meinungen von anderen Leuten gehört, von denen ich bisher gar nicht wusste, was sie denken. Das finde ich gut.“



Am Prozess des Bürgerforums „Krisenfeste Gesellschaft“ waren beteiligt:

Christine von Blanckenburg, Gordian Haas, Claudia Bosch, Wiebke Blum, Timon Rüdissler, Sara Diekmannshenke, Amy Winkler, Felix Schürhoff und Owen Wooden

Impressum

Herausgeber und Druck

Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart

Text

nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH
Christine von Blanckenburg, Gordian Haas, Claudia Bosch, Wiebke Blum, Timon Rüdissler, Sara Diekmannshenke, Amy Winkler und Felix Schürhoff

Gestaltung

Timon Rüdissler & Amy Winkler

Fotos

Landtag Baden-Württemberg

Vektor-Grafiken

www.freepik.com – designed by pch.vektor / freepik.

Berlin, April 2023

nexus

LANDTAG VON
BADEN-WÜRTTEMBERG

